

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 24 (1932)
Heft: 4

Artikel: Gegenwartsaufgaben der Arbeiterklasse
Autor: Ströbel, Heinrich
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352552>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gerade die Einführung der 5-tägigen Arbeitswoche würde für die meisten Betriebe sowohl betriebstechnisch wie allgemein volkswirtschaftlich grosse Vorteile bieten. Der Bundesrat sollte deshalb die gesetzliche Ermächtigung erhalten, für einzelne Industrien die Arbeitszeit allgemein bis auf 40 Stunden reduzieren zu können.

* * *

Sehr geehrte Herren Bundesräte, die ausserordentlich ernste Lage, in der sich unsere schweizerische Volkswirtschaft heute befindet und die sich voraussichtlich noch bedeutend verschärfen wird, erfordert ausserordentliche Mittel. Nur durch Zusammenfassung und Nutzbarmachung aller wirtschaftlichen Kräfte, insbesondere auch des Kapitalreichtums unseres Landes, wird es möglich sein, zu verhindern, dass die Krise für die Wirtschaft der Schweiz katasrophale Folgen zeitigt. Im Interesse der über 900,000 unselbständig Erwerbstätigen in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr richten wir deshalb an die oberste Landesbehörde den dringenden Appell, den in dieser Eingabe enthaltenen Begehren zu entsprechen.

* * *

Unterzeichnet ist die Eingabe vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund, der heute mehr als 200,000 Mitglieder zählt, vom Förderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe mit rund 75,000 Mitgliedern, wovon etwa 64,000 auch dem Gewerkschaftsbund angehören, sowie von der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände, hinter der rund 55,000 organisierte Angestellte stehen.

Gegenwartsaufgaben der Arbeiterklasse.

Von Heinrich Ströbel.

Die Anregungen, die Genosse Max Weber in seinem Artikel «Aufbau der Gemeinwirtschaft» zur Aussprache gestellt hat, erscheinen mir höchst aktuell und beachtlich. Nicht nur für die Schweiz, sondern auch für die sozialistische Arbeiterbewegung aller mittel- und westeuropäischen Länder.

Max Weber hat durchaus recht, wenn er sagt, dass der Kapitalismus sich zurzeit in der schwersten Krise befindet, dass sein Versagen, in gewissem Sinne sein «Zusammenbruch» durch die ungeheure Arbeitslosigkeit und die totale Desorganisation seiner nationalen und internationalen Produktions- und Austauschwirtschaft evident geworden sei. Aber zwischen einem solchen Versagen und Darniederliegen der kapitalistischen Wirtschaft und seinem völligen Aus-den-Fugen-gehen besteht doch noch ein gewaltiger Unterschied. Deutschland ist sicherlich momentan dasjenige Land, das von der Krise am furchtbarsten getroffen worden ist — aber auch es ist trotz seiner gut 6 Millionen Arbeitslosen noch keineswegs am «Zusammenbrechen» im eigentlichen Sinne. Und wenn gewisse deutsche

Kreise mit dem «Bankerott» drohen — dem Bankerott Deutschlands, der auch das Ausland und selbst Frankreich mit in den Bankerott hineinreißen werde, — so meinen sie dabei nicht den wirtschaftlich determinierten, unvermeidlichen Zusammenbruch, sondern den politisch gewollten Bankerott als Druckmittel und Rache für die Nichtgewährung der sofortigen und restlosen Reparationsbefreiung. Wäre die Reparationsfrage für Deutschland erst gänzlich bereinigt, so würde sich zeigen, dass selbst in Deutschland auch mit kapitalistischen Mitteln etwas gegen die Arbeitslosigkeit und Produktionsstockung getan werden kann. Ein paar Milliarden Mark zurückgeholtes Flucht-Kapital und eventuell auch ausländische Anleihen, in die stagnierende deutsche Wirtschaft in Gestalt öffentlicher Aufträge hineingepresst, würden die Produktion merklich anregen und die Kurve der Arbeitslosigkeit bald zum Absinken bringen.

Aber selbst wenn das Äusserste geschähe, wenn politische Tollheit den Bankerott Europas heraufbeschwören und das heutige System des Kapitalismus und Parlamentarismus in den Fundamenten erschüttern würde — wäre dann irgendwelche Sicherheit gegeben, dass das sozialistische Proletariat die Macht an sich reißen und seine Diktatur aufrichten würde? Wer weiss, wie stark in allen Ländern die Kampfkraft des Bürgertums und der mehr oder weniger fascistischen Reaktion ist, der könnte sich viel eher vorstellen, dass eine «Weltrevolution» mit dem Siege eines Ständesystems und einer fascistischen Diktatur enden könnte.

Selbst jedoch, wenn das Proletariat der Sieger bliebe, so wäre dann die Durchführung einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft eine Aufgabe, die bei dem heutigen Reifegrade des europäischen Proletariats und seiner politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Führerschicht weit über seine Kräfte ginge. Der Hinweis auf Russland, wo es doch gegangen sei, verfängt nicht. Denn Russland war seiner ganzen Wirtschaftsstruktur nach ein viel einfacheres Land. Mehr als vier Fünftel seiner Bevölkerung bestanden aus Bauern, die sich auch bei einem jahrelangen Versagen des bolschewistischen Wirtschaftsexperiments recht oder schlecht durchschlagen konnten. In Deutschland und in der Schweiz dagegen gehören nur etwa 25% der Bevölkerung der Landwirtschaft an, die sich schlimmstenfalls in jeder Situation durchschlagen könnten; 75% der Bevölkerung dagegen hängen völlig vom Gewerbe, der Industrie, dem Verkehr, dem Handel (ganz wesentlich dem Handel mit dem Auslande) ab, sind also für Sein oder Nichtsein mit dem Funktionieren aller dieser Wirtschaftszweige verbunden. Und hat nicht Prof. Varga, der Wirtschaftsleiter der derzeitigen Sowjetrepublik Ungarn, später nach seinen eigenen Erfahrungen dargelegt, eine wie schwierige, langwierige Aufgabe es sei, die auf Befriedigung des Klassenbedürfnisses eingestellte kapitalistische Produktion in eine den sozialen Massenbedürfnissen dienende Bedarfswirtschaft umzuwandeln?

Und wie entwickelte sich das Soviet-Experiment in den ersten Jahren in Russland? Die Bilanz, die der bereits genannte Varga im November 1921 — drei Jahre nach dem Siege des Bolschewismus — in der sovietoffiziösen « Russl. Korrespondenz » (Jahrgang II, Nr. 10/11) aufstellte, sah folgendermassen aus:

« In der Landwirtschaft: Starker Rückgang der bestellten Fläche (um 35%), Rückgang des Durchschnittsertrages. In der Industrie: Unerträgliche Fesselung der Produktion, Unmöglichkeit jeder lokalen Initiative. Verfall der Grossindustrie. Rückgang der Arbeitsproduktivität auf 40—50% der Friedenszeit. Im Handel: Schleichhandel, Schiebertum, Schwindel. In der Ernährungswirtschaft: Unzulänglichkeit der staatlichen Versorgung. Zersplitterung, privater Erwerb der Artikel des täglichen Bedarfs. Weite Reisen zum Zweck des Einkaufs einer minimalen Menge von Lebensmitteln. Alle Habseligkeiten der städtischen Bevölkerung gehen allmählich in den Besitz der Bauern über.»

Das ist ein Stück kommunistischer Selbstkritik aus der damaligen Zeit. Auch Radek gestand damals, dass Russland durch eine « Hölle von Qual » habe gehen müssen, und dass ein solcher Uebergang keinem Volke, in dem der Sozialismus nach russischem Muster eingeführt werde, erspart bleiben werde. Denn die Zeit nach der Machtergreifung des Proletariats sei notwendigerweise « eine Zeit verstärkten wirtschaftlichen Zerfalls ».

Optimisten mögen sagen, das russische Beispiel brauche sich in Mittel- und Westeuropa nicht zu wiederholen, weil hier ja das Proletariat und seine Führerschaft viel reifer seien. Aber das ist eine Rosigmalerei, der alle seit 1918 gemachten Erfahrungen grausam widersprechen. Wie hilflos stand das deutsche Proletariat der Frage der Sozialisierung und planwirtschaftlichen Regelung der Wirtschaft gegenüber, als diese Probleme dort politisch auf der Tagesordnung standen. Wie wenig hat man es dort (und in England war es nicht allzuviel anders) verstanden, grosszügige und rationelle Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Die Haltung des deutschen Sozialismus gegenüber dem krass un gerechten Steuersystem bewies alles andere als Vertrautheit mit den Wirtschaftstatsachen. Aber nicht nur die Haushalte des Reichs, sondern auch die der Länder und Gemeinden hätten ganz anders unter die Lupe genommen werden müssen. Die erstaunlichsten Entdeckungen wären dabei zu machen, manche Blamagen (z. B. der Sklarek-Skandal) wären dadurch zu vermeiden gewesen. Auch das Geschäftsgebaren der Eisenbahn und der Post hätte ganz anderer Kontrolle und Durchleuchtung bedurft. Schon vor Jahren schrieb ich einmal darüber: «Darüber müsste eine wirkliche Klassenkampfpartei jährlich dickbändige Untersuchungen und Uebersichten produzieren, deren wesentlichster Inhalt in geeigneter, interessanter Form den Volksmassen zum Bewusstsein gebracht werden müsste. Wie nützlich waren daher die Berichte der Reparationsagenten, und wie wenig tief (vom sozialen Standpunkt aus, aber auch in der

Nachprüfung der statistischen Unterlagen) schürften sie doch im Grunde. Aehnliches, nur Tieferes und Besseres, müsste jede wirklich arbeitsfähige Sozialdemokratie leisten.» Dergleichen Klagen sind auch von Sozialisten anderer Länder erhoben worden. Namentlich auch in den Vereinigten Staaten, wo man lebhaft bedauerte, dass der Sozialismus, auch der marxistische Sozialismus der Gegenwart, sich viel mehr mit theoretischen und weltanschaulichen Formulierungen beschäftigt, als mit deren Substrat, den Tatsachen der Geschichte und der Oekonomie.

Darum: um den Sozialismus in Mittel- und Westeuropa zu verwirklichen, sind die Massen nicht nur politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, sind nicht nur Genossenschaften und gemeinwirtschaftliche Betriebe musterhaft auszubauen, sondern ist überhaupt der «proletarische Klassenkampf» methodisch und wissenschaftlich zur feinsten und wirksamsten Waffe zu entwickeln. Ein Maximum an praktischer Erfahrung und Betätigung und ein Höchstmass an allseitiger sozialistischer Forschung nur kann der Arbeiterbewegung die Mittel liefern, um das bürgerliche Denken und die kapitalistische Welt zu überwinden. An der Grösse der Aufgabe und den Kräften des Widerstandes gemessen ist von dieser systematischen Sammlung sozialistischer Umgestaltungskräfte noch viel zu wenig zu verspüren.

Der Evolution zum Sozialismus hin wird auch nicht allzusehr gedient, wenn ab und zu einmal ein in grossen Zügen umrissenes «Sozialisierungs-Programm» entworfen wird. Man kennt ja die bekannten Forderungen, die im wesentlichen auf die Sozialisierung der Grund- und Schlüssel-Industrien hinauslaufen, also in erster Linie des Bergbaues und der Eisen- und Stahlproduktion. Kürzlich hat ja erst wieder ein deutscher Zentrumsabgeordneter und Führer der christlichen Gewerkschaften die Verstaatlichung des deutschen Kohlenbergbaues gefordert, da die Privatindustrie bewiesen habe, dass sie nicht vernünftig zu wirtschaften verstehe. Dergleichen Forderungen sind dem Deutschen seit 1918 nichts Neues mehr. Aber wir wissen auch, dass sie leider nur einen sehr platonischen Charakter tragen. Kommen sie wirklich einmal, wie in der Sozialisierungs-Kommission unrühmlichen Andenkens, zu einer Vorberatung, so werden sie von den Vertretern des Unternehmertums zu Tode geredet oder bestenfalls in die Form einer «Gemeinwirtschaft» gegossen, die dem Unternehmer-Einfluss nach wie vor das unbedingte Uebergewicht sichert. Die Beisitzer der Arbeiterverbände sind nicht geschäftskundig und versiert genug, können sich nicht Einblick genug in die letzten Geheimnisse des Betriebes und der Rentabilität verschaffen, um die Interessen der Arbeiter der betreffenden Industrie und der Allgemeinheit im notwendigen Masse durchsetzen zu können.

Zudem setzt die Sozialisierung grosser wichtiger Industrien einen Einfluss der Arbeiterklasse und eine Grundstimmung für den Sozialismus voraus, die zurzeit in keinem Lande zwischen Weichsel

und Pyrenäen vorhanden sein dürften. Und wie sollte da eine Sozialisierung grossen Stils durch Akte der Gesetzgebung irgendeine Wahrscheinlichkeit für sich haben, wenn sie nicht einmal in den ersten Jahren nach der Revolution durchzusetzen war, als das Bürgertum viel weniger konsolidiert und der Einfluss der Arbeiterklasse noch wesentlich stärker war. Genosse Max Weber hat deshalb durchaus recht, wenn er zunächst von Sozialisierung grossen Stils und durch einschneidende legislative Akte absieht, dafür jedoch «Planwirtschaft mit den eigenen Kräften» fordert. Das sieht, dem stimmungsmässigen Drängen mancher Arbeiterkreise, namentlich der tatendurstigen Jugend gegenüber, gründliche Arbeit zu machen, und «aufs Ganze zu gehen», scheinbar nach zaghaftem Reformismus und Selbstbescheidung aus, ist aber dem Stimmungs- und Wortradikalismus gegenüber faktisch der ernster zu nehmende Radikalismus.

Darum gilt es in der Tat, die bereits vorhandenen **g e m e i n - w i r t s c h a f t l i c h e n** Unternehmungen in jeder Weise zu Musterbetrieben auszugestalten. Dazu gehört natürlich in erster Linie, dass die Arbeitsbedingungen für die in ihnen beschäftigten Arbeiter und Angestellten so günstig als möglich sein müssten. Denn dass die «Menschenökonomie» das erste Ziel aller Wirtschaft sein muss, ist ja für jeden Sozialisten selbstverständlich. Hinsichtlich der Entlohnung, der Arbeitszeit, der Hygiene, der Behandlung, der Altersversicherung, der Betriebsdemokratie usw. müssen gemeinwirtschaftliche Unternehmungen an der Spitze marschieren. Aber sie sollen auch der Staatsgemeinschaft, der Allgemeinheit dienen, also rationell arbeiten, der Gesamtheit zu möglichst günstigen Bedingungen Leistungen oder Produkte liefern. Fürsorge für Arbeiter und Angestellte einerseits, aber auch Akkuratess der Betriebsleitung und freudiger Arbeitseifer der im Betrieb Tätigen andererseits. Das setzt die vorzüglichste Leitung im betriebstechnischen und psychologischen Sinne voraus, aber auch die verständnisvollste Mitwirkung aller im Betriebe Beschäftigten und die aufmerksamste Kontrolle der Legislative nicht nur, sondern auch der ganzen Oeffentlichkeit. Man sagt den Staats- oder Kommunalbetrieben oft eine Vielregiererei und die Einmischung allzu zahlreicher Aufsichtsinstanzen nach. Aber wirklich gutgeleitete Betriebe brauchen weder eine demokratische Kontrolle noch die Betriebsdemokratie zu fürchten, denn vernünftige Verwaltungsgrundsätze und wohlbegründete Tatsachen setzen sich gerade in grösserer Oeffentlichkeit viel leichter durch, als in kleinen Gremien und Konventikeln. Je mehr die Gemeinwirtschaft deshalb in den Brennpunkt des gemeinen Interesses gerückt wird, desto besser für sie. Desto leichter wird es auch sein, sie immer weiter auszudehnen und zum Mittel allmählicher Sozialisierung zu machen.

Für die Notwendigkeit des Aufbaues und der Zusammenfassung der Konsumgenossenschaften und der Produktionsunternehmungen der Arbeiterschaft braucht nach den trefflichen Darlegungen des Ge-

nossen Straub und der deutschen Genossen Ellinger und Kaufmann eine allgemeine Begründung wirklich nicht mehr gegeben zu werden. Ellingers Arbeit hat überzeugend bewiesen, wie durch soziale Baubetriebe der von ihm geschilderten Art nicht nur der Wohnungsbau billiger und solider gestaltet werden kann, sondern wie diese Betriebe sich auch vorteilhaft die Produktion der benötigten Rohmaterialien (Ziegeleien, Sägewerke, Steinbrüche, Kunststeinfabriken) angliedern, dergestalt also ein Stück «vertikaler Sozialisierung» durchführen können. Und Kaufmanns Darstellung der Dewog-Organisation zeigt, wie gewaltig der organisatorische Zusammenschluss gleichartiger und gleichgerichteter Einzelunternehmungen die Produktion für gemeinnützige Zwecke zu fördern vermag. Daraus die Folgerungen zu ziehen, die Kollege Straub bereits gezogen hat, und sie praktisch durchzuführen, ist sicherlich eine der wichtigsten praktischen Aufgaben der Gewerkschaften, der Genossenschaften und der politischen Arbeiterbewegung.

Selbstverständlich kann diese praktische Tätigkeit auf gemeinschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet den Gewerkschaftskampf und die politische, weltanschauliche Aufklärung der Volksmassen und die Beeinflussung des ganzen öffentlichen Lebens nicht ersetzen. Aber sie kann und muss sie ergänzen. Zu der unentbehrlichen schärfsten Kritik des kapitalistischen Geschehens hat die praktische Aufbauarbeit, hat die schrittweise Umgestaltung alles Gesellschaftlichen zu treten. Erkennen, Vorwärtsdrängen und Schaffen, und das ist wirklicher proletarischer Klassenkampf!

Aufbau der Gemeinwirtschaft.

Von G e o r g J. E r l a c h e r.

Zum Artikel, der unter diesem Titel im Januarheft der «Gewerkschaftlichen Rundschau» erschienen ist, sind uns zahlreiche Zuschriften zugestellt worden. Da es sich durchweg um zustimmende Äusserungen handelt zu den dort niedergelegten Gedanken, beschränken wir uns, neben dem Aufsatz Ströbels, der einige wertvolle Ergänzungen bringt, auf die Wiedergabe des nachfolgenden Artikels. (Red.)

Nichts kann nützlicher sein, als eine Diskussion über die Grundprobleme der sozialistischen Wirtschaft, hauptsächlich wenn sie uns hinausführen könnte aus der Tat- und Ratlosigkeit, in welche alle Führer der Politik und Wirtschaft durch die Krise versetzt worden sind. Der Schreibende hat je und je, in Zeitungsartikeln und Referaten, darauf hingewiesen, dass die sozialistische (profitlose) Gemeinwirtschaft ja tatsächlich nicht ein fernes und unerreichbares Ideal ist, sondern dass wir in der Schweiz (aber auch anderswo, Russland ungerechnet) schon zu einem guten Teil darin stecken, und dass es nur gelte, diese Anfänge zu entwickeln und auszubauen. Wir stecken sogar schon so tief darin, dass das Privatkapital und die auf demselben individualistischen Boden stehenden